

Postulat Huser Claudia und Mit. über den Erhalt von Ausbildungsplätzen zur Sicherung der Fachkräfte von morgen

eröffnet am 18. September 2023

Die Regierung wird gebeten, im Bereich der Berufsbildung ihre lokalen Handlungsmöglichkeiten und ihren Einfluss auf Bundesebene auszuschöpfen, damit:

1. die Luzerner Lehrbetriebe entlastet werden können, so dass wertvolle Ausbildungsplätze trotz hoher zeitlicher und inhaltlicher Anforderungen in Zeiten des Fachkräftemangels erhalten bleiben,
2. die Anforderungen an die Berufslehre insbesondere bei praktischen Berufen auf einem Niveau bleiben, so dass interessierten Menschen mit besseren praktischen als schulischen Fähigkeiten der Zugang nicht verwehrt wird.

Begründung:

Das duale Bildungssystem ist der Stolz unserer Nation. Auch dank diesem System verzeichnet die Schweiz im Vergleich zu den Nachbarländern seit jeher eine tiefe Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen. Mit dem steigenden Fachkräftebedarf sind gut ausgebildete Praktikerinnen und Praktiker gesucht denn je.

In den letzten Jahren ist jedoch eine schleichende Entwicklung zu immer höheren Anforderungen zu erkennen. Zum einen an die Lernenden, gerade auch in praktischen Berufen, in welchen schulische Anforderungen sicherlich wichtig sind, aber die Zielgruppe vor allem Personen mit praktischen Fähigkeiten sind. Es darf nicht dazu führen, dass praktisch talentierte junge Menschen aufgrund steigender schulischer Anforderungen nicht mehr eine Ausbildung mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ) absolvieren können, die dies vor Jahren noch gekonnt hätten.

Auch bei den Lehrbetrieben ist unbestritten, dass die Qualität der Ausbildung hoch sein muss, und zum Glück sind wir auch längst über das Zeitalter hinaus, in welchem Auszubildende nur als günstige Arbeitskräfte angesehen wurden. Leider steigen aber die Anforderungen an die Lehrbetriebe, sei dies an die inhaltliche Ausbildung oder an den Arbeitsschutz usw., weiterhin, so dass es für Kleinbetriebe in gewissen Branchen immer schwieriger wird, diese zu erfüllen. In einem Land, das zu einem grossen Teil aus kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) besteht, ist dies eine besorgniserregende Entwicklung. Es kann nicht sein, dass sich Ausbildungsmöglichkeiten immer mehr auf grössere Betriebe beschränken, in der Arbeitswelt aber Klein- und Kleinstbetriebe über 90 Prozent ausmachen.

Diese Entwicklung auf beiden Seiten gilt es zu stoppen. Die Kantone haben in der Umsetzung der Berufsbildung grosse Kompetenzen, auch wenn die Verordnungen national definiert sind. Es gilt daher die Verantwortung und die Möglichkeiten wahrzunehmen, um dieser negativen

Entwicklung Einhalt zu gebieten, sei dies mittels Einfluss auf nationaler Ebene oder auch mittels Entlastungs- und Unterstützungsmassnahmen für die Luzerner Betriebe.

Huser Claudia

Spörri Angelina, Rölli Franziska, Schaller Riccarda, Cozzio Mario, Brücker Urs, Howald Simon, Stadelmann Karin Andrea, Schnider-Schnider Gabriela, Küttel Beatrix